

Wien, Montag, den 7. März 1927.

Die Gemeinde Wien vergibt umfangreiche Arbeiten.Im Februar für nahezu zwanzig Millionen Schilling Aufträge.

Der nicht mehr ferne Beginn der schöneren Jahreszeit ermöglicht der Gemeindeverwaltung schon jetzt die Vergebung grosser Arbeiten und Lieferungen an die Privatindustrie, die mit der Durchführung des umfangreichen kommunalen Wohnbauprogramms zusammenhängen. Bürgermeister Seitz hat mit Rücksicht auf die grosse Arbeitslosigkeit verfügt, dass die grossen Bestellungen, auch wenn sie erst später ^{zu} erfolgen ^{hätten}, schon jetzt vergeben werden. Dieser Verfügung zufolge hat im Februar der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten für 19,858.559 Schilling Aufträge und Lieferungen an Gewerbe und Industrie vergeben. Die Bedeutung dieser Arbeitsmöglichkeiten geht am besten daraus hervor, dass im Jänner nur für 5,5 Millionen Schilling Lieferungen vergeben worden sind. An der Spitze steht eine Lieferung von achttausend Waggons Zement für die städtischen Wohnhausbauten. Es wurden auch für das Bauprogramm 1927 vorläufig 27.000 Türen und 13.000 Fenster bestellt, ein Arbeitsauftrag von mehr als 2,2 Millionen Schilling für die Wiener Holzindustrie. Erd- und Baumeisterarbeiten wurden für mehr als zwei Millionen Schilling im Februar vergeben. Die Lieferungen für Strassenbaumaterial machen im Februar die gewaltige Summe von rund vier Millionen Schilling aus. Sehr grosse Arbeitsaufträge wurden auch an die elektrische Industrie, an die Metallindustrie, insbesondere für die Anfertigung der Colonia-Gefässe für die Kehrlichtabfuhr, an die Installateure, Spengler, Maler und Anstreicher und an die Glasindustrie vergeben. Für die Errichtung einer neuen Telefonanlage im Versorgungsheim Lainz wurde ein Arbeitsauftrag von 120.000 Schilling vergeben. Die Bestellung von elf Waggons Farben und chemischen Produkten für die Anstreicherarbeiten in den städtischen Wohnhausbauten verursachte eine Ausgabe von 250.000 Schilling. Im städtischen Ziegelwerk Oberlaa wird eine Freilufttrocknerei und eine automatische Schüranlage errichtet; die Kosten stellen sich auf 200.000 Schilling. Für den städtischen Wäschereibetrieb und den Fuhrwerksbetrieb wurden Lastkraftwagen bestellt. Schliesslich wurden die Arbeiten für die Herstellung der Bezirksstrasse im Gebiet der grossen Höllentalquelle vergeben, was 110.000 Schilling erfordert. Selbstverständlich haben im Februar auch die städtischen Unternehmungen und das Wirtschaftsamt der Gemeinde sehr bedeutende Aufträge an Gewerbe und Industrie erteilt. Diese Arbeiten sind in den hier genannten Beträgen nicht berücksichtigt. Auch im März wird die Gemeindeverwaltung die Vergebung von Arbeiten an die Privatindustrie beschleunigen, um so wirksam ihren Teil zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutragen.

Wiener Fremdenverkehrspropaganda bei einem Jeritzka-Konzert in New-York.

Beim letzten Konzert der Frau Jeritzka im Konzertsaal der Academy of Music in New-York hat die New-Yorker Propagandastelle der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich den Programmtexten, die an das mehrere tausend Besucher zählende Publikum verteilt wurden, einen Aufruf beigelegt, der folgenden Wortlaut hat: "Wien ladet Sie ein! Frau Jeritzka singt in der Wiener Oper während der Festwochen (5. bis 19. Juni)." Die originelle Propaganda bewirkte, dass die New-Yorker Auskunftsstelle der Fremdenverkehrskommission sehr viele Anfragen über Wien zu verzeichnen hatte.

Sitzungen der Bezirksvertretungen. Am Samstag, den 12. März um vier Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung Hietzing eine Geschäftssitzung ab. Die Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf findet am Donnerstag, den 31. März um sechs Uhr abends statt.

kleinrentner, die hungernden Altpensionisten des Bundes, vor allem aber die hunderttausend Arbeitslosen in dieser Stadt, werden zum ersten mal die Neuigkeit erfahren, dass die Steuer auf dem Champagner der Nachtlokale und Bars, dass die Abgabe der Heurigen, der vornehmen Restaurants und grossen Konditoreien ihre Lebenshaltung verteuert. Eben jetzt will die christlichsoziale Regierung die Zölle wieder furchtbar hinaufsetzen. Jeder Laib Brot, jedes Kilogramm Mehl soll um fünfzehn Groschen, jedes Kilogramm Fleisch um dreissig Groschen teurer werden. Das lässt den Gewerbegeossenschaftsverband kühl bis ans Herz hinan. Ihn interessieren nur die Besucher der Nachtlokale, Bars, Heurigen, die Gäste Sachers und Imperials. Für diese tritt er mit Begeisterung und Energie ein.

Den Gewerbegeossenschaftsverband bedrückt es nur, dass die Konzerlokale eine höhere Abgabe bezahlen müssen, als die Revuetheater. Gleichstellung dieser beiden Kategorien ist seine zweite Forderung.

Die dritte lautet: Aufhebung der Fremdenzimmerabgabe. Auch hier ohne jede Einschränkung. Das sind die drei grossen Steuerforderungen, die der Geossenschaftsverband erhoben hat. Steuerfreiheit für die Nachtlokale, Bars, Heurigen, für Sacher und Hotel Bristol. Steuerbegünstigung für die Konzertlokale. Unbedingte und gänzliche Steuerfreiheit für die Stundenhotels. Nur das kann den Wiener Gewerbetreibenden helfen.

Wenn das alles aber nichts nützen sollte, wenn die Möglichkeit billiger zu champagnisieren keine Hilfe bringt, dann erwartet der Geossenschaftsverband die Rettung von seiner anderen grossen Forderung: Die sofortige Einstellung aller Gemeindebauten. Würde diesem Verlangen entsprochen werden, so sind weitere fünfzigtausend Menschen arbeitslos. So viel machen nämlich die ganzjährigen Löhne aus, die durch die Wohnhausbauten der Gemeinde aus Rollen kommen. Fünfzigtausend Familien würden in das schreckliche Elend der Arbeitslosigkeit versinken. Die Gewerbetreibenden, die Kaufleute müssten mit Entsetzen sehen, wie ein grosser Teil ihrer bisherigen Kunden alle Kaufkraft verliert. Ein Arbeiter kann keine Kleider, Wäsche, Schuhe oder irgendwelchen Hausrat kaufen. Er hört auch, von einer kleinen Zahl von Leichtsinigen abgesehen, auf Besucher eines Gast- und Kaffeehauses oder Kinos zu sein. Alle Gewerbetreibenden spüren es heute schon bitter, welchen Entgang an Geschäften die Arbeitslosigkeit für sie bedeutet. Der Geossenschaftsverband will noch eine weitere furchtbarere Steigerung. Ihn bekümmern auch nicht die Wohnungslosen, die seit Jahr und Tag darauf harren, endlich eine menschenwürdige Wohnung zu erhalten. Der Geossenschaftsverband sieht in den Gemeindebauten lediglich das wirkliche Mittel zur Aufrechterhaltung des Mieterschutzes. Darum verlangt die Einstellung der Gemeindebauten. Aufhebung des Mieterschutzes! Das ist in Wirklichkeit jenes Verlangen, das sich hinter der Forderung nach Einstellung der Gemeindebauten versteckt. Die Gewerbetreibende die nicht Hausbesitzer sind, können aus dem Budapester Beispiel lernen, wohin ungeheures Elend bis zur völligen Vernichtung ihrer bescheidenen Existenz über sie heraufbeschworen werden soll. Der Gewerbegeossenschaftsverband ist eine Zwangsvereinigung, der alle Geossenschaften angehören müssen. Das allein müsste den Verband bestimmen, sich vom politischen Kampf fernzuhalten. Bis zur Wahl des christlichsozialen Gemeinderates Elend ist dies auch der Fall gewesen. Die jetzige Leitung gibt diese Neutralität auf. Sie beginnt den politischen Kampf. Damit trägt sie aber auch den Kampf in jede einzelne Geossenschaft. Dies, obwohl gerade in den letzten Tagen das Gremium der Hoteliers die Hetze gegen das Rathaus verurteilt hat. In jeder Geossenschaft wird die Frage aufgeworfen werden, ob die Wiener Gewerbetreibenden den wirklich keine andere Sorge haben, als die Steuerfreiheit der Nachtlokale und Bars und der Stundenhotels. Die Gewerbetreibenden müssen sich klar werden, ob sie die Einstellung der Gemeindebauten, die Vermehrung der Arbeitslosigkeit, die Vernichtung der Kaufkraft ihrer gegenwärtigen Kunden- und ^{und} schaft als eine weitere Folge die Aufhebung des Mieterschutzes wünschen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

81
Zweite Ausgabe:

Wien, Montag, den 7. März 1927.

Meine Antwort an den Gewerbegeossenschaftsverband.

Von Stadtrat Hugo Breitner.

In Form eines offenen, in den Tagesblättern veröffentlichten Briefes verlangt der Wiener Gewerbegeossenschaftsverband eine Antwort auf jene Entschliessung, die eine Anzahl Wiener Gewerbetreibender am 24. Jänner in der Volkshalle gefasst hat. Hier liegt wirklich ein Versäumnis vor. Es ist nämlich nicht einzusehen, weshalb diesem Kreise von Gewerbetreibenden die Schande der gebührenden Antwort vor aller Öffentlichkeit erspart bleiben soll.

An der Spitze der am 24. Jänner überreichten Entschliessung steht das Verlangen nach Abschaffung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe. Wie schon die Reihung zeigt, ist dies die Hauptforderung. Und wohlgermerkt: Nicht etwa eine andere Gestaltung oder eine Ermässigung oder eine andere Einhebungsform wird gefordert, so dass man über den Gegenstand sich irgendwie ernsthaft auseinandersetzen könnte. Nein! Die Herren haben nur ein einfaches Wort: Aufhebung. Es ist ^{also} angeblich der allerdringendste Wunsch der Wiener Gewerbetreibenden das restlos Verschwinden der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe. Es wird ernsthaft als die grösste Sorge der Wiener Gewerbetreibenden erklärt, dass die Nachtlokale und Bars künftighin völlig steuerfrei sein müssen. Der Champagner soll billiger werden! Das ist es, was nach der Meinung des Gewerbegeossenschaftsverbandes den Wiener Gewerbetreibenden nützt, was ihnen allein helfen kann. Zehntausende kleine brave Wiener Gewerbetreibende, die Schuhmacher, Schneider, Tischler, Spengler, Anstreicher, Drechsler, Pfaidler, Lebensmittelhändler ^{impro} wissen gar nicht, wie ein Nachtlokal, eine Bar aussieht. Sie sind froh, wenn sie ihre Familien ehrlich ernähren können. Mit Staunen und Enttäuschung werden sie erfahren, dass der Geossenschaftsverband nicht dulden will, dass der Champagner in den Nachtlokalen und Bars durch eine Gemein ^{abgabe} be verteuert wird. Die Verbilligung des Champagners fordert der Geossenschaftsverband stürmisch als die wichtigste Massnahme zur Linderung des Nostandes des Wiener Gewerbes. Der Geossenschaftsverband hätte gar nicht sagen sollen, wenn sich die Gemeinde die notwendigen Einnahmen, wie unter der früheren Verwaltung durch eine Verteuernng der Mietzinse, durch eine ^{Ver} zehrungssteuer, durch Gewinne bei der Strassenbahn, dem Trinkwasser, ^{bei} Gas und Strom holt. Dem Geossenschaftsverband bereitet nur die Steuer der Nachtlokale und Bars ^{Kummer}. Jenen Herrschaften die sich dort bis zum Morgengrauen amüsieren, darf der Champagner nicht zugunsten der Gemeinde um fünfzehn Prozent verteuert werden. Das hält der Geossenschaftsverband einfach für unerträglich.

Die Heurigen müssen nach seiner Meinung steuerfrei werden. Von Sacher, von den Restaurants im Hotel Imperial, Grand Hotel, Hotel Bristol, von den Konditoreien Demel und Gerstner soll auch nicht die geringste Abgabe mehr eingehoben werden! So lautet die Forderung des Gewerbegeossenschaftsverbandes. Weil sie noch nicht erfüllt worden ist und nicht erfüllt werden wird, kündigt der Gewerbegeossenschaftsverband den schärfsten Kampf an. Das ist nicht eine tendenziöse Entstellung, sondern die lautere Wahrheit. Ausdrücklich fordert die Entschliessung die "vollständige" Aufhebung der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, "weil diese Abgabe eine Verteuernng der Lebenshaltung aller Bevölkerungsschichten nach sich zieht." Die Arbeiter und Angestellten, die Kleingewerbetreibenden und Kleinkaufleute, die Aerzte, Künstler, Gelehrten, die